

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stollbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
Pro vierstellige Zeitzeile 30 Pf., Stellengezucht 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf. Berichtigungsanzeigen zc. 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen

Nr. 15.

Berlin, den 13. April 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ weisen wir darauf hin, daß die Urabstimmung über die

Einführung einer Invalidenunterstützung von jetzt ab bis zum 27. April d. S. vorgenommen werden kann.

Die Fragezettel, welche mit der heutigen Nummer seitens der Zahlstellen- und Gaubebollmächtigten den Mitgliedern zugeführt werden, sind in zwei Farben — weiß für die männlichen und grün für die weiblichen Mitglieder — gehalten. An der Abstimmung können alle Mitglieder teilnehmen, obgleich die Invalidenunterstützung für die weiblichen Mitglieder zunächst nicht in Betracht gezogen ist.

Die Fragen auf den Abstimmungszetteln sind entweder mit einem glatten „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Denn es soll zunächst nur über diese Prinzipienfragen entschieden werden, während dem Verbandstag eventuell — je nach dem Ausfall der Urabstimmung — die endgültige Ausgestaltung des neuen Unterstützungsweiges vorbehalten bleibt.

Alle übrigen Anträge zur Invalidenunterstützung werden daher der Urabstimmung nicht unterworfen, sondern sind lediglich als Anträge zum Verbandstag zu betrachten, für die der 27. April als Schlußtermin der Einbringung gilt. Wir heben dies ganz besonders hervor, damit die Mitglieder sich zur Ausarbeitung von Anträgen die notwendige Zeit lassen und sie nicht etwa gar auf den Abstimmungszetteln mit anbringen.

Die Abstimmung nimmt jedes Mitglied selbst vor durch Ausfüllung des ihm zugehenden Fragezettels, ohne das dieses in einer Versammlung und auf einem bestimmten Tag geschehen muß. Der vom Vorstand angeetzte Endtermin darf nicht überschritten werden.

Die ausgefüllten Fragezettel sind bis zum 27. April von den Mitgliedern in Zahlstellen an die Bevollmächtigten derselben und seitens der einzelnen stehenden Mitglieder an ihre Gaubebollmächtigten abzuführen; diese haben eine genaue Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse spätestens acht Tage nach dem Endtermin der Abstimmung, also bis zum 4. Mai, mit Unterschrift von mindestens zwei Kontrollleuten (als solche gelten die Revisoren) versehen an den Vorstand einzusenden. Bei der Einbringung des von den örtlichen Revisoren beglaubigten Abstimmungsergebnisses ist die Beilegung der benötigten Fragezettel nicht notwendig; sie sollen aber noch vier Wochen lang aufbewahrt werden, um Nachweise bei eventuellen Beanstandungen erbringen zu können.

Diejenigen Bevollmächtigten, welche wesentlich keine Abstimmungszettel erhalten haben sollten, wollen dies umgehend an uns melden, damit wir dem abhelfen können.

Auf der Reise befindliche Mitglieder können an der Zahlstelle, wo sie sich gerade befinden, an der Urabstimmung teilnehmen; je-

doch muß der Bevollmächtigte dieser Zahlstelle dem Reisenden ins Mitgliedsbuch einen Vermerk eintragen, daß das betreffende Mitglied sich an der Urabstimmung beteiligt hat.

2. **Sämtliche Anträge**, welche auf die Tagesordnung des Verbandstages kommen sollen, sind bis spätestens Sonnabend, den 27. April, an uns einzusenden, worauf die Veröffentlichung der gestellten Anträge umgehend vorgenommen wird.

Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier, das nur auf einer Seite beschrieben werden darf, zu bringen und muß dabei genau angegeben werden, ob er als allgemeiner Antrag oder als Antrag zum Statut gelten soll.

3. Wir ersuchen hierdurch alle Mitglieder dringend, ihre etwa rückständigen Beiträge bald zu berechnen und sämtlich für das 1. Quartal zu bezahlende 13 Beiträge sofort zu begleichen, damit die Abrechnungen vom 1. April möglichst schnell an uns eingekandt werden können. Dies ist um so notwendiger, als die Zahl der Delegierten zum Verbandstag nach den vollzahlenden Mitgliedern bemessen wird.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Offenbach der Kartonnagenarbeiter Johann Schmidt aus Nürnberg, Buchnummer 59 949.

5. In Langensalza ist eine Zahlstelle des Verbandes gegründet worden. Unterstützungen werden dort vorläufig noch nicht ausgezahlt.

Der Verbandsvorstand.
F. A.: Roth.

Die Aufgaben des Verbandstages. III.

Ein anderer Punkt, der bei der Beratung über den weiteren Ausbau unserer Unterstützungsrichtungen eine nicht gerade untergeordnete Rolle spielen wird, ist die eventuelle Einführung einer Krankenunterstützung auch für männliche Mitglieder. Obgleich nun die Krankenunterstützung eigentlich nicht in dem Maße wie die Invalidenunterstützung den Bedürfnissen unserer Kollegenschaft entsprechen dürfte, scheint man derselben doch ungleich mehr Sympathie entgegen zu bringen als letzterer. Da nun aber dieses erhöhte Interesse am Plage ist, wagen wir nicht so schlanke Wege zu bejahren. Es ist ja richtig, viele Gründe sprechen für die Einführung einer Unterstützung bei Krankheitsfällen, und der Hauptgrund, warum man der Krankenunterstützung den Vorzug vor der Invalidenunterstützung zu geben geneigt ist, nämlich zu allererst für die Notfälle der Gegenwart ein Milderungsmittel zu schaffen, erscheint beim ersten Anblick nur als berechtigt. Schon mancher Kollege wurde durch eine unerwartete Krankheit wirtschaftlich so geschädigt, daß man es ihm durchaus nicht verdenken kann, wenn er einer Wiederholung vorzubeugen sich bemüht. Die so beliebten Hinweise auf die Zentralfrankenkasse, der sich ein jeder anschließen sollte, versagen oftmals, da, wie allgemein bekannt, die Zentralfrankenkasse nur gesunde Kollegen in sich aufzunehmen berechtigt ist. Würde die Zentralfrankenkasse nicht an diese Einschränkung gebunden sein, dann müßten alle Anträge, die

auf die Einführung einer Krankenunterstützung im Verband abzielten, einfach unter den Tisch fallen, denn allen wäre dann die Möglichkeit gegeben, sich gegen Krankheit doppelt zu versichern. Da dies nun nicht der Fall ist, deshalb wird sich auch unsere Organisation gezwungen sehen, der Einführung einer Krankenunterstützung näher zu treten.

Die Forderung einer Verschmelzung der Zentralfrankenkasse mit unserem Verband, die vielen Kollegen das Kolombus-Ei in der Frage der Krankenunterstützung dünkt, wird im Hinblick auf das tragische Geschick, welches die Organisation der Lithographen und Steindruckereile hat, wohl nunmehr endgültig von der Bildfläche verschwinden. Der Verband der Lithographen und Steindruckereile war, als die Verschmelzung mit der damaligen Unterstützungsstelle dieser Berufsgruppe, dem Senefelderbund, zustande kam, von den künftigen Erwartungen in bezug auf Entwicklung der Organisation erfüllt. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Erwartungen wohl befriedigt worden wären, wenn auch der letzte Mann beider Vereinigungen nach der erfolgten Verschmelzung im Interesse der Einheit gearbeitet und gewirkt hätte. Das war aber nicht der Fall, wie das Vorjahr gelehrt hat, und der Senefelderbund sah sich veranlaßt, auf seinem Anfang April in Hannover tagenden außerordentlichen Verbandstag den ursprünglichen Stand wieder herbeizuführen, d. h. es wurde einstimmig die vollständige Loslösung der Gewerkschaftskasse von der Unterstützungsstelle beschlossen. Das gleiche Schicksal würde auch unserem Buchbinderverband beschieden sein, sobald eine Verschmelzung der Frankenkasse mit ihm zustande käme. Darum ist es gleichbedeutend mit Selbstmord, wenn man der Verschmelzungsidee, die ja in der Theorie ganz nett und annehmbar aussieht, noch weiterhin das Wort reden und sie in die Praxis umsetzen wollte. Es wird darum kein anderer Weg offen bleiben, als im Verband selbst eine Krankenunterstützung zur Einführung zu bringen, wenn wir unseren Kollegen eine Beihilfe während eventueller Krankheit gewähren wollen. Um zu beurteilen, wie dies geschehen könnte, wollen wir unschau bei den Gewerkschaften halten, die diesen Unterstützungsweiger bereits zur Einführung gebracht haben.

Nach der Statistik der Generalkommission vom Jahre 1905 wurden seither für Krankenunterstützung von den Gewerkschaften folgende Summen aufgewandt:

Jahr	Summe	Mark
Im Jahre 1893	304 648	Mark
" " 1894	425 489	"
" " 1895	454 114	"
" " 1896	430 038	"
" " 1897	454 494	"
" " 1898	491 634	"
" " 1899	652 825	"
" " 1900	656 026	"
" " 1901	772 587	"
" " 1902	793 878	"
" " 1903	944 059	"
" " 1904	1 416 935	"
" " 1905	1 920 639	"
Zusammen	9 717 366	Mark

Name der Organisation, welche Kranken-(Arbeitsunfähigen-)Unterstützung auszahlt	Beitrag pro Woche		Kranken-(Arbeitsunfähigen-)Unterstützung					Die Organisation gewährt					Mittelbetrag im Jahresauschnitt 1905	
	männlich	weiblich	pro Tag Pf.	pro Woche M.	Krankheitsdauern Wochen	Dauer der Unterstützung Tage	Höhe der Unterstützung M.	Reife-Unterstützung	Wochenlohn-Unterstützung	Kranken-Unterstützung	Zusammen-Unterstützung	Unterstützung in Elternfällen		Ausgabebetr. Kranken-Unterstützung pro Kopf der Mitglieder
1. Asphaltteure	25	—	60—85*)	—	52	24—45*)	—	—	1	—	1	0.64	568	
2. Bäder	50	25	100	—	156	42	42	1	1	1	0.42	10 285		
3. Bergarbeiter	40	—	50	—	52	144	72	—	1	1	0.40	124 976		
4. Bildhauer	65	—	100	—	78	56	56—112	1	1	1	2.33	4 843		
5. Blumenarbeiter	15	15	50 und 60	—	104	18—42	—	—	1	1	0.06	475		
6. Brauereiarbeiter	40	20	100	—	52	45—90*)	45—90*)	1	1	1	2.65	21 697		
7. Buchbinder	45	20	40 ¹⁾	—	52	40	16	1	1	1	0.86	16 787		
8. Buchdrucker	110	—	140	—	13	52	—	1	1	1	17.15	43 251		
9. Buchdrucker, Essig-Lothringen	90	—	140	—	13	13—52*)	—	1	1	1	18.88	907		
10. Buchdruckerhilfsarbeiter	20, 25, 30	20, 25, 30	35, 40, 45	—	52	30	—	—	1	1	—	6 896		
11. Fabrikarbeiter	30	20	100 ²⁾	—	52	24—42*)	63 ³⁾	1	1	1	0.79	66 689		
12. Fleischer	30	15	—	3.00—4.00*)	52	42	21—28*)	1	—	1	0.08	2 338		
13. Formstecher	40, 60, 80	—	170—230*)	—	52	— ⁴⁾	—	1	1	1	13.93	517		
14. Gärtner	30	10	—	6.00	52	24—48*)	24—48*)	1	1	1	0.01	3 936		
15. Gärtnergehilfen	30	30	—	7.00	52	52	91	1	—	1	2.52	3 656		
16. Hafnarbeiter	45	30	50—100*)	3.00—6.00	26	78	—	—	1	1	4.09	14 229		
17. Handels- und Transportarbeiter	30, 35, 40	20	—	3.00—8.00*)	52	24—48*)	12—64*)	—	1	1	1.40	46 906		
18. Guttmacher	30 und 45 ⁵⁾	15	130	—	26	152	202.80	1	1	1	3.78	5 158		
19. Konditoren	40	15	100	—	52	40	40	1	1	1	1.48	3 071		
20. Kupferschmiede	50	—	125	—	260	— ⁴⁾	100—800*)	1	1	1	0.41	3 721		
21. Lithographen und Steinrunder	120	—	200	12.00	26	78—312	—	1	1	1	6.35	12 270		
22. Maler	40—55 ¹⁰⁾	20	50—100	—	52	—	12.50—70.00	1 ¹³⁾	—	1	1.74	29 470		
23. Maurer	30—60 ¹¹⁾	—	35—105	2.10—6.80	104	72	—	1	—	1	0.83	155 911		
24. Müller	40	—	75—150*)	—	52	40	30—60*)	1	1	1	2.90	3 880		
25. Notensteher	1.10, 1.25, 1.40	—	175—325	10.50—19.50	312	546—1040	—	1	1	1	24.07	433		
26. Portefeuilier	30	15	75	—	52	50	37.50	1	1	1	0.40	3 318		
27. Porzellanarbeiter	15—85	15—85	21—166	1.25—10.00	52	36—156*)	7.50—260.00	1	1	1	1.34	10 084		
28. Sattler	40	25	100	7.00	156	42	42	1	1	1	—	5 606		
29. Schiffszimmerer	40	—	100	6.60	52	40 ⁵⁾	44 ⁵⁾	1	1	1	—	2 788		
30. Schneider	25	10	30—100*)	2.00—7.00	52	30—84	10—98	1	—	1	1.40	28 626		
31. Schuhmacher	35 und 50	20	50—110	—	52	78	—	1	1	1	1.48	26 366		
32. Seeleute	100 ¹²⁾	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	3 348		
33. Steinsetzer	30, 40, 50	—	60—100	—	40	12—78*)	—	1	—	1	1.51	7 157		
34. Tabakarbeiter	35, 45, 55, 75	25, 35	45—225 ⁷⁾	—	26	156	—	1	1	1	10.07	24 619		
35. Tapezierer	50	25	75	4.50	52	60	45	1	1	1	0.68	6 688		
36. Textilarbeiter	— 30	20	—	2.00—4.00	52	70	40	1	—	1	1.45	66 959		
37. Töpfer	35—65	—	75—120	4.50—7.20	52	30—60*)	—	1	—	1	3.14	10 941		
38. Wäschearbeiter	25	15	—	5.00 ⁸⁾	52	70	—	—	—	—	0.48	2 884		
39. Zigarrensortierer	30—90	30—90	—	3.00—15.00*)	26	156	—	1	1	1	6.64	1 718		

*) Je nach der Dauer der Mitgliedschaft. ¹⁾ Nur ein weibliche Mitglieder. ²⁾ Für weibliche Mitglieder die Hälfte. ³⁾ 6—26 Wochen. ⁴⁾ 13½—40 Wochen. ⁵⁾ Wer im ersten Jahre der Unterstützung für 40 Tage nicht erhebt, für den steigt sich im Falle der weiteren Nichterhebung das bezugsberechtigte Pensum um jährlich 30 Tage, bis zum Höchstbetrage von 310 Tagen. Nach 10jähriger Mitgliedschaft und nachdem das Maximum an Unterstützung bezogen, ist Anspruch auf weitere 40 Tage pro Jahr vorhanden. ⁶⁾ Unterstützungen werden von den Ortsverwaltungen von Fall zu Fall gewährt. ⁷⁾ Weibliche Mitglieder 45 und 90 Pf. ⁸⁾ Weibliche Mitglieder 3,50 M. ⁹⁾ Außerdem die Beiträge von 40, 30 und 10 Pf. pro Woche und 25 Pf. pro Monat zu der statutenmäßigen Rück-, Invaliden- und Frauenrentenliste. ¹⁰⁾ In den 17 Winterwochen beträgt der Beitrag 15—25 Pf. ¹¹⁾ Gleichend um je 5 Pf., es wird nur für 40 Wochen im Jahr gezahlt, von März bis einschließlich November. ¹²⁾ Pro Monat. ¹³⁾ Nur vom 1. November bis 1. März.

Also nahezu 10 Millionen Mark vorausgaben die Gewerkschaften bis zum Schlusse des Jahres 1905 lediglich für Krankenunterstützung. Und dabei haben nach dem „Correspondenzblatt“ bis zum Jahre 1897 stets mehrere Verbände keinen Bericht für die Statistik eingeleistet. So fehlten z. B. im Jahre 1893 = 8, 1894 = 6, 1895 = 5, 1896 = 2 und 1897 = 4 Verbände. Erst seit dem Jahre 1898 haben alle Verbände berichtet, doch waren noch in den folgenden Jahren die Angaben unzureichend, „so daß sich die tatsächlich für Unterstützung usw. vorausgaben Summen wesentlich höher stellen, als in der Statistik angegeben ist.“ Daß in neuerer Zeit immer mehr Organisationen zur Einführung von Krankenunterstützung schreiten, beweist das Emporschnellen der Ausgaben in den Jahren 1904 und 1905. Insgesamt waren es im Jahre 1905 nicht weniger als 38 Verbände, welche Krankenunterstützung eingeführt hatten. In welcher Höhe und Dauer die Unterstützung in diesen Verbänden zur Auszahlung kommt und welche Krankheitszeit zum Bezug derselben berechtigt, soll obestehende Tabelle zeigen. —

In erster Linie also sind es die im vorstehenden geschilderten zwei Unterstützungsarten, mit deren eventueller Einführung sich unser Verbandstag beschäftigen muß. Die Einführung auch nur einer dieser wird unzweifelhaft auch die Einführung des Staffelleistungsbeitrags mit sich bringen, denn für jeden neuen Unterstützungsart muß eine Erhöhung des Beitragens eintreten. Mit einer weiteren bedeutenderen Erhöhung des Beitragens ist unserer Stollgenenschaft in den kleinen Zahlstellen aber nicht gedient, da es diesen mit den erhöhten Beiträgen nur schwer gelingen wird, in ihrer Agitationsarbeit Erfolge aufzuweisen. Da es nun aber nicht in unserem Interesse gelegen sein kann, die Minderrentlohnenden von uns fern-

zuhalten, darum wird uns nichts anderes übrig bleiben, als denselben Gelegenheit zu geben, durch Steuern in einer Klasse mit ermäßigtem Beitrag ihren Verbandspflichten nachzukommen. Die Ausbreitung unserer Organisation, die mit vollem Eifer weiter betrieben werden muß, zwingt uns dazu, in diesen faureren Apfel zu beißen. Ob aber die Erwartungen, die an den Staffelleistungsbeitrag geknüpft werden, eintreffen, bleibt zum mindesten abzuwarten.

Unfallstatistik.

Die dem Reichstag vorgelegten Nachweise über die Rechnungsergebnisse der Berufs-genossenschaften für 1905 zeigen wieder die seit Bestehen der Unfallversicherungsgesetze (1886) zu beobachtende Zunahme der entschädigungs-pflichtigen (über 13 Wochen wirkenden) Unfälle. Erstmals entschädigte Unfälle wurden gezählt 141 121 gegen 137 673 im Vorjahre, wovon 1334 auf die Versicherungsanstalten (keine Unternehmer als Selbstversicherte), 5092 auf die staatlichen und kommunalen Ausführungs-behörden, 68 360 auf die gewerblichen und 66 335 auf die landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften entfielen. Die Zahl der über-haupt angemeldeten Unfälle betrug 609 160 (583 965). Auf 1000 versicherte Personen der gewerblichen Berufs-genossenschaften und der Ausführungsbehörden kommen 8,24 entschädigte Unfälle, und zwar 0,65 tödlich verlaufene, 0,09 dauernd völlige, 3,55 dauernd teilweise und 3,95 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit be-dingende. Da nach der herrschenden Recht-sprechung für eine Erwerbsbeschränkung von weniger als 10 Proz. überhaupt keine Rente gewährt, auch der „Gewöhnung“ und ähnlichen milderen Begriffen ein sehr weiter Spiel-raum gelassen wird, ist die Zahl der Fälle teil-weißer Erwerbsunfähigkeit in Wirklichkeit viel

größer. Aber auch nach den gegebenen Zahlen steht fest, daß — unter Annahme einer durch-schnittlich nur dreißigjährigen Dauer der Er-werbsfähigkeit — fast jeder Arbeiter im Laufe seiner Arbeitsjahre einen Betriebsunfall, jeder vierte einen schweren Unfall erleidet und jeder fünfzigste durch Betriebsunfall den Tod findet.

In den 20 Jahren 1886—1905 betrug die Gesamtzahl der entschädigten, also schwereren Unfälle 1 555 860. Davon hatten den Tod zur Folge 132 079, dauernde Erwerbsunfähigkeit 809 222 (völlige 37 949, teilweise 771 273), vor-übergehende 614 614. Was besagen gegenüber diesen immer erneuten unaufhörlich steigenden Blutopfern auf dem Altar der vaterländischen Industrie und der kapitalistischen Raubbau-wirtschaft die kriegerischen Heldentaten und Opfer, die unser Vaterland im Interesse seiner Herrschaftsstellung einige Male im Laufe von hundert Jahren erlitten hat, und mit denen es doch unaufhörlich prahlt und ununterbrochene Vorrechte und Vorteile für sich begründet.

Sehr merkwürdige Ergebnisse liefert die Statistik der Unfälle in einzelnen, wenn man sie in ihrer Entwicklung und Gliederung betrachtet. Wir sehen, daß die Zahl der ent-schädigten Unfälle von Anfang an fast un-unterbrochen ansteigt.

	Entschädigte Unfälle		Davon tödlich	
	überhaupt	pro 1000 Versicherte	überhaupt	pro 1000 Versicherte
1886	10 540	2,33	2716	0,73
1891	50 507	2,80	6346	0,35
1896	85 272	4,84	6989	0,40
1901	116 089	6,15	8359	0,44
1906	139 787	6,90	8757	0,43

Die riesige absolute Steigerung der ersten 5 Jahre hängt mit der mehrmaligen Erweite-rung des Kreises der Versicherten zusammen.

Während nun aber die Zahl der Todesfälle seit Anfang der neunziger Jahre im Verhältnis zur Zahl der Versicherten ständig etwas gewachsen ist, finden wir eine ganz erstaunliche Verminderung der schweren Erwerbs-einschränkungen, namentlich der dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit, und zwar nicht nur eine relative, sondern trotz der Erweiterung des Kreises der versicherten Personen sogar eine absolute. Es wurde eine Einschränkung der Erwerbsunfähigkeit festgestellt und entschädigt:

	Dauernd völlige		Dauernd teilweise		Vorübergehende	
	überhaupt	pro Mille	überhaupt	pro Mille	überhaupt	pro Mille
1886	1778	0,48	3 961	1,06	2 085	0,56
1896	1524	0,09	44 873	2,52	32 386	1,84
1905	1476	0,07	68 580	3,14	66 024	3,26

Einem relativen Rückgang der Fälle dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit von 0,48 auf 0,07 pro Mille der Versicherten steht also eine relative Steigerung der Fälle dauernd teilweiser Erwerbsunfähigkeit von 1,06 auf 3,14 gegenüber. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Verschiebung nicht etwa eine Folge verbesserter Unfallverhütung oder von Fortschritten im Heilverfahren, sondern auf eine veränderte Praxis in der Unfallrechtspflege zurückzuführen ist. Immer häufiger finden wir die Rentenätze von 70, ja 80 oder gar 90 Proz., obwohl jeder Einsichtige sich sagen muß, daß hier in Wahrheit von einer wirtschaftlich wertbaren Arbeitskraft, einer wirklich bestehenden Erwerbsfähigkeit gar nicht mehr die Rede sein kann. Wir lernten jüngst einen Fall kennen, wo ein Arbeiter durch elektrischen Strom, der in viel geringerer Stärke früher mehrmals andere getötet hatte, an verschiedenen Körperteilen gelähmt, schwer verwundet wurde, das Zittern und die Angst als dauernden Zustand bekam. Dem wandelnden Leidnam wollte die Berufsgenossenschaft nach kurzer Zeit die Rente auf 80 Proz. herabsetzen. Und trotz Abweisung vom Schiedsgericht, das den Verletzten gesehen hatte, trotz entschiedener Gutachten akademischer Autoritäten setzte sie am Reichsversicherungsamt die Herabsetzung wenigstens auf 90 Proz. durch. Ob einer der Richter oder der Unternehmer im Vorstand der Berufsgenossenschaft dem Mann eine „10prozentige“ Erwerbsgelegenheit verschaffen kann? Diese Fälle, in denen in immer rigorosere Weise auf Kosten der Armen der Armen und zugunsten schwerreicher Unternehmer „gespart“ und diese Sparbarkeit von höchsten Gerichten gutgeheißen wird, kommen immer häufiger vor. Und in dem Rückgang der dauernden, der Zunahme der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit finden wir dieselbe Tendenz.

Und daß es sich hier um eine Tendenz der Verwaltung und Rechtspflege handelt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun hat, geht aus folgender Tatsache hervor: Wenn man zwischen gewerblichen Berufsgenossenschaften einerseits und staatlichen sowie kommunalen Ausführungsbehörden andererseits unterscheidet, so zeigt es sich, daß die Zahl der Fälle dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit auf je 1000 Arbeiter bei ersteren 0,45, bei letzteren 0,07, also noch nicht den sechsten Teil beträgt, während sich die Fälle dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit wie 2,9 zu 3,59 verhalten. Der Gegensatz ist schlagend. Offenbar sind die Behörden in der Kunst der Sparbarkeit auf Kosten der Elendesten der Invaliden noch nicht soweit geschult, wie die Unternehmer von Fach und ihre Befohlenen. Goffen wir, daß diese Tatsache sie nicht etwa zum „edlen Retter“ in der gleichen verhängnisvollen Richtung anspornt, sondern daß aus ihr vielmehr die Notwendigkeit einer Aenderung und Besserung der immer unerträglicher werdenden Verwaltungsmaximen der gewerblichen Berufsgenossenschaften abgeleitet wird.

E. R.—n.

Leipziger Brief.

Am 3. April wurden im Buchgewerbehaus zu Leipzig 81 junge Leute losgesprochen und damit aus dem Lehrlingsverhältnis in den ehrsamem Gehülfsstand erhoben. Bei dieser Gelegenheit verlas Herr Buchbindermeister Bönisch eine ganz nette Rede, welcher er zum Schluß scheinbar aus eigenem Intellekt hinzusetzte: „Verfahren Sie mit Ihren Vorgesehten immer recht anständig und bescheiden und folgen Sie den Gehezen nicht.“ Sehr schön gesagt, Herr Bönisch, Sie hätten aber noch ganz gut etwas folgendes hinzusetzen können: „Im Tarif ist Euch zwar ein Minimallohn von 41 Pf. pro Stunde garantiert, das gilt aber nur für die großen Buchbindereien, bei uns ehrsamem Meistern der Kunst wird natürlich weniger bezahlt. Sie dürfen deshalb aber nicht murren. Seien Sie nur immer hübsch bescheiden in Ihren Ansprüchen, arbeiten Sie dafür etwas mehr, dann wird Ihr Meister auch immer recht zufrieden mit Ihnen sein.“

Wenn sich Herr Bönisch seine Bemerkung hätte vernehmen lassen, würde seine Vorlesung als eine ganz gute Leistung zu bewerten sein. So aber hat er sich um den ganzen Effekt gebracht. Man sah es den jungen Leuten ordentlich an, wie sie innerlich lachten, und wenn Herr Bönisch das herzliche Lachen nach Beendigung des feierlichen Aktus hätte hören können, daß sich von ihren Lippen löste, als sie auf dem Stammtisch der Hezer und Oberhezer angelangt waren, würde er wahrscheinlich selbst zu der Ueberzeugung gekommen sein, eine Dummheit begangen zu haben. Na, rechnen wir deshalb nicht mit Herrn Bönisch, das nächste Mal wird er es besser machen, fernermalen die Hezer und Aufwiegler ganz wo anders zu suchen sind, als Herr Bönisch vermutet. Seine eigenen Zunftgenossen sind es zum Teil, die durch Zahlung niedriger und niedrigerer Löhne ohne die geringste Beachtung des bestehenden Tarifes zur Unzufriedenheit aufreizen. Bei diesen kleinen Meisterleuten werden noch Löhne gezahlt, die selbst von den schlechtesten Provinzorten übertroffen werden und dabei wundern sich die Herren noch, wenn die „Hezer“ so kinderleichtes Spiel haben, um die jungen Kollegen dorthin zu bringen, wohin jeder anständige Kollege gehört: in die Organisation, in unsern Verband, mit dessen Hilfe wir den Tarif geschaffen und mit dessen strengster Durchführung wir tausendfach mehr im Interesse des Gewerbes arbeiten, als die ganzen Zunftmeister zusammen genommen. Freilich, davon wollen die Herren nichts wissen, sie halten den Tarif für eine recht schöne Einrichtung, solange sie ihn nicht zu bezahlen brauchen, und wenn wir dann dafür zu sorgen bestrebt sind, daß die einmal vereinbarten Löhne von allen Meistern zu zahlen sind, wackert man sich über die „Hezer“ — ein recht billiges Vergnügen, daß unsern Wohlbefinden jedoch nicht den geringsten Abbruch tut.

Da loben wir uns Herrn Bongarz, der hielt seinen Lehrlingen eine ganz andere Abschiedsrede, die in etwa folgenden Worten ausklang: „Wir sind die Herren im Hause, wir haben jetzt die Macht, Ihr hättet Euch auch gefreut, wenn die Gehülfsen im vorigen Jahre den Streik gewonnen hätten, hinaus mit Euch!“ Diesen kraftvollen Worten folgte selbstverständlich keine Gegenrede. Sang- und Klanglos verließen die jungen Leute die Stätte ihrer vierjährigen Tätigkeit, um den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Sie werden nun zum Wanderstabe greifen, Land und Leute kennen lernen und sich schließlich dabei wohler fühlen, als in dem Betriebe der Firma W. u. W., wo ihnen zugemutet wurde, mit einem Streikbrecher zusammen zu arbeiten, auf welche Ehre sie verzichten zu müssen glaubten.

In dieser Firma sind überhaupt recht seltsame Wandlungen seit einiger Zeit zu beobachten gewesen. Das frühere harmonische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer ist scheinbar völlig in die Brüche gegangen. Herr Bongarz läßt sich sehr ungehalten darüber aus, daß einer unserer Kollegen, dem es nicht gelang, nach Beendigung der Aussperrung hier wieder Arbeit zu erhalten, nach auswärts ging, dort eine Werkführerstelle annahm und durch seine Fähigkeiten den Grund zu einer konkurrenzfähigen Buchbinderei legte, was man nun hier zu spüren beginnt. Werkführer ist der Betreffende unseres Wissens zwar nicht, ausgeschlossen ist aber nicht, daß durch die technischen Fähigkeiten dieses und auch anderer Kollegen, die nach der Provinz zu gehen gezwungen waren, die Konkurrenz dieser Provinzbetriebe fühlbarer wird, weil mit den Leuten selbstverständlich auch Leipziger Arbeitsgewohnheiten nach dort verpflanzt werden. Das läßt sich nun eben nicht ändern, denn Herr Bongarz kann wohl unmöglich verlangen, daß unsere arbeitslosen und geächzten Kollegen annehmbare Stellen ausfinden, um zur höheren Ehre des Leipziger Handwerks langsam zu verhungern. Herr Bongarz würde klüger tun, wenn er nicht durch Entlassungen tüchtiger Kräfte mit dafür sorgte, daß diese ihre Arbeitskraft in der Provinz oder bei sonstigen Konkurrenten zu verwerten gezwungen wären. Daß schließlich ihm und auch andern Prinzipalen die

nachträglichen Folgen der Aussperrung in hohem Maße fühlbar werden, bebauern wir nur im Interesse unserer Kollegen und Kolleginnen, denn wenn es nicht so wäre, würde man uns ein solches „Bergnügen“ öfter bereiten als uns lieb ist. In einem Kras neuesten Datums verbielt Herr Bongarz, daß nachmittags Vier in das Geschäft geholt oder gebracht wird, obwohl das früher gestattet war und zu Mißständen keinen Anlaß bot. Wenn Herr Bongarz damit seine Leute etwa zur Entlastbarkeit anhalten und erziehen will, wird er wohl wenig Glück haben. Wir würden ihm empfehlen, sein gesamtes Personal zur Mitgliedschaft im „Blauen Kreuz“ anzumelden. Garantie für den Erfolg vermögen wir allerdings nicht zu übernehmen.

Auch in der Firma Friedrich geht es zu Zeiten recht lebhaft zu. Alte, langjährig tätig gewesene Leute geht man wegen Kleinigkeiten auf die Straße. Allem Anschein nach hält man auch dort die Zeit für gekommen, um Nachse zu nehmen für die durch die Aussperrung erlittenen Schäden. Klage wird geführt wegen dem Werkführer Müller, durch dessen Beeinflussung Herr Friedrich zu Entlassungen gedrängt wird, die ohne Zweifel nicht erfolgt sein würden, wenn dieser Herr seine Finger aus dem Spiele ließe. Da wir nach Abschluß der Untersuchung jedenfalls Gelegenheit haben werden, ein weiteres Wortchen mit Herrn Müller zu reden, mag er sich bis dahin noch in Geduld üben.

Die Tarifeinführung geht scheinbar nicht so glatt von statten, als es erwartet werden durfte. In einzelnen Geschäften sind die den Salzrinnen gewohnten Erhöhungen nicht zur Auszahlung gelangt, trotzdem die Herren von den Aenderungen Kenntnis haben müssen. Wir denken aber, daß dieses Sträuben nur von sehr kurzer Dauer sein wird, da wir nicht annehmen können, daß der Vertrag vom 27. Juli 1906 von diesen Herren durchbrochen werden soll, wir werden dafür Sorge tragen, daß die diesbezüglichen Bestimmungen des Vertrages mit den tariflichen Aenderungen zur gefälligen Beachtung den betreffenden Firmen zugestellt werden, und hoffen dann, ohne größere Schwierigkeiten zu einer allgemeinen Einführung des neuen Tarifs zu kommen. In einem Geschäft wurde der Tarif schon vor vier Wochen eingeführt — aber nur in bezug auf die Positionen, die von Abzügen betroffen waren. Ja, Bauer, das ist auch etwas anderes.

Damit sind unsere Neuigkeiten für heute erschöpft, wir werden nicht verhehlen, uns zu gemehrer Zeit mit weiteren aufzuwarten, für viele zur Freude, für manchen aber auch zum — Leide.

Bericht von der Zahlstellenkonferenz des Gaues 5.

Eine Konferenz der Zahlstellen des Gaues V fand am Sonntag, den 24. März, in Halle statt. Anwesend waren von Magdeburg Kollege Herzberg als Gaubevollmächtigter und Kollege Meier, von Halle die Kollegen Morgner und Leopold, sowie einige Mitglieder des Vorstandes; von Zeitz Kollege Classen. Die Zahlstelle Dessau war nicht vertreten. Der Zweck dieser Zusammenkunft sollte sein, ein gemeinsames Arbeiten der Zahlstellen im Gau zu erzielen und über die zur Zeit schwebenden Fragen, wie Urabstimmung und Verbandstag möglichst Ueber-einkunft zu schaffen. Eingang der Verhandlungen gibt Herzberg ein Bild der gesamten Verhältnisse im Gau, erwähnt die im Gau V stattgefundenen Lohnbewegung und geht dann auf die demnächst stattfindende Urabstimmung über Einführung einer Invalidenunterstützung näher ein und meint, daß eine Invalidenunterstützung wohl notwendig sei. Es könne aber nicht das Nächste sein, was eingeführt würde. Viel notwendiger sei die Einführung einer Krankenunterstützung. Dieses beweise ihm die im Gau V bereits eingeführte. Trotzdem die Leistungen in Anbetracht des Extrabeitrages von 5 Pf. keine hohen sind, so ist die Kasse doch ein gutes Agitationsmittel. Klassen-Zeit tritt ebenfalls für Ablehnung der Invalidenunterstützung und Einführung einer Krankenunterstützung ein, namentlich in Anbetracht dessen, daß es vielen Kollegen nicht möglich sei, sich doppelt zu versichern, da die Zentral-Krankenkasse nicht jeden aufnehme. Meier-Magdeburg tritt ebenfalls für Einführung der Krankenunterstützung ein, die Unterstühtungen sollen in erster Linie als Agitationsmittel dienen und aus diesem Grunde sei die Krankenunterstützung vorzuziehen, denn die jüngeren Kollegen würden nur schwer zu bewegen sein, für eine Invalidenunterstützung, welche sie ihrer Meinung nach erst in späterer Jahren in Anspruch nehmen könnten, schon jetzt einen um etwa 20 Pf. erhöhten Beitrag zu zahlen. Morgner-Halle beurteilt das ganze Unterstühtungsweesen. Hierdurch seien die Gewerkschaften viel zu sehr verpumpt. Kampfgewissen seien nur noch wenig zu finden. Der größte Teil der Kollegen sei der Unterstühtungen wegen Mitglied und kümmern sich um die sonstigen Ziele des Verbandes

sehr wenig. Die Ausführungen des Kollegen Morgner werden von sämtlichen Anwesenden be- kämpft. Herzberg führte aus, daß erst durch das Unterstützungsweesen die Gewerkschaften groß geworden seien. Und unser Verband habe durch die letzte Ausperrung bewiesen, daß er noch Kampf- organisation sei. Classen-Zeit bemerkt, daß wir auf die Unterstützungen als Mittel zum Zweck angewiesen sind. Die neu eingeführte Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder wirkte sehr gut. Meier-Magde- burg: Der Jahresbericht der Generalkommission über die Gewerkschaftsorganisationen weise in jedem Jahre eine bedeutende Zunahme der Unterstützungs- einrichtungen in den Gewerkschaften auf. Dies sei ein Zeichen, daß sie notwendig seien. Nach längerer Debatte, in welcher Morgner erklärt, daß die Ar- beitslosenunterstützung von ihm nicht zu den Ein- richtungen, welche überflüssig seien, gezählt werde, konstatiert Kollege Herzberg, daß über Ablehnung der Invalidenunterstützung Einstimmigkeit vor- handen sei.

Hierauf wurde über die Einführung des Staffel- beitrages diskutiert. Meier-Magdeburg führt hierzu aus, daß man wohl die Motive, welche die Anhänger des Staffelbeitrages leiten, verstehen könne und daß sie auch ihre Berechtigung haben. Aber der Aus- gleich, welcher geschaffen werden sollte, würde auch durch den Staffelbeitrag nicht erreicht. Man würde es dann z. B. als eine Ungerechtigkeit ansehen können, daß ein verheirateter Kollege mit starker Familie in der Großstadt den hohen Beitrag bezahlen müsse, während ein Lediger in der Provinz mit etwas weniger Lohn nur den niedrigen Beitrag zahlen brauche. Unzweifelhaft ist hier immer noch der ledige Kollege im Vorteil. Auch die praktische Durch- führung sei nicht so einfach, da bei den reisenden Kollegen die Beiträge, dem jeweiligen Aufenthalt entsprechend, stets schwanken würden. Da nun verschiedene Beiträge auch verschiedene Klassen von Unterstützungen bedingen, so würden manche Fehler in der Auszahlung der Unterstützung vor- kommen, denn häufig fehle es auch, namentlich in den kleineren Zahlstellen, an Leuten, welche diese Ar- beiten gewissenhaft erledigen. Classen bemerkt, das Streben unseres Verbandes gehe dahin, eine einheit- liche Entlohnung in allen Gegenden anzubahnen. Man sollte für die Provinz eine kräftige Agitation entfalten, damit dies Ziel erreicht würde. Dann würde auch die Einführung des Staffelbeitrages überflüssig. Er könne den Anhängern desselben ebenfalls nicht zustimmen. Nach kurzer Debatte hier- über, in welcher die Kollegen Morgner und Herzberg sich in ähnlichen Ausführungen gegen den Staffel- beitrag wenden, wird beschlossen, eine Mittagspause bis 2 Uhr eintreten zu lassen.

In der Nachmittags-sitzung regt Kollege Morgner- Halle die Abhaltung von Goutagen und Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für die Provinz Sachsen an. Im vorigen Jahre habe Halle einen Goutag verlangt. Dies sei aber vom Gauvorstand nicht berücksichtigt worden. Auch kümmere er sich um die Zahlstellen im Gau zu wenig. In Halle z. B. sei noch ein großes Agitationsfeld für einen be- soldeten Bezirksleiter. Deshalb habe die Zahlstelle

beschlossen, einen derartigen Antrag zum Verbandstag zu stellen. Ebenfalls solle die obligatorische Abhaltung von Goutagen gefordert werden. Meier wendet sich gegen die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters. Zunächst müßten erst die Gegenden berücksichtigt werden, wo dieses notwendiger ist. Die obligatorische Abhaltung von Goutagen sei zu verwerfen. Classen tritt für Abhaltung von Goutagen mindestens alle zwei Jahre ein.

Koll. Herzberg führt aus: Die Zahlstelle Halle ist von jeher das Schmerzenskind des Gaues gewesen. Die Zahlstellen sollen selbständig arbeiten und die Tätigkeit eines Gauleiters sich auf die kleineren Orte beschränken. Die Zustände in Halle würden sich auch durch Eingreifen des Gauleiters nicht ändern, aber er müßte seinen Wohnsitz dort haben und ständig zur Verfügung stehen. Koll. Leopold spricht sich dahin aus, daß sie nicht als Zahlstelle Halle di- rekte Unterstützung vom Gauvorstand verlangen. Der Gauvorstand müsse sich doch aber um die Zahl- stellen mehr kümmern. Die Zustände in Halle seien seit Jahren unerträglich. Persönliche Sachen würden zu sehr ausgetragen. Da nun aber seit Be- stehen des Gaues noch kein Goutag abgehalten sei, so habe sich Halle veranlaßt gesehen, diese Anträge zu stellen. Nach längerer Debatte, an welcher sich sämtliche Anwesende wiederholt beteiligen und in welcher die leidigen Zustände in Halle scharf kritisiert wurden, erklärt sich Kollege Herzberg bereit, von Zeit zu Zeit die Zahlstellen des Gaues zu besuchen und, wenn Bedürfnis vorliegt, einen Goutag einzube- zufen. Hierauf erklären sich die Kollegen Leopold und Morgner bereit, in der Mitgliederversammlung für Zurückziehung der Anträge einzutreten. Damit waren die Beratungsgegenstände erschöpft und es erfolgte gegen 4½ Uhr Schluß der Konferenz.

E. Meier.

Zum Verbandstag.

Als auf dem Verbandstage in Dresden die Einführung einer Invalidenunterstützung abgelehnt worden war, machte sich bei vielen älteren Mit- gliedern unseres Verbandes eine starke Enttäuschung bemerkbar und mancher der heimfahrenden Dele- gierten mußte bittere Worte des Unmutes über die Unfruchtbarkeit des Verbandstages auf diesem Ge- biete, über sich ergehen lassen. Die Kritiker ver- gessen aber, daß sie selbst es vor dem Verbandstage an der nötigen Diskussion über eine so bedeutfame Frage, wie es die Einführung einer Invaliden- unterstützung nun einmal ist, hatten fehlen lassen, und daß somit diese Frage auf dem Verbandstage nicht recht geklärt erschien.

Durch die auf Beschluß des Verbandstages nun- mehr durch den Verbandsvorstand erfolgte Vorlegung eines Entwurfes zur Einführung einer Invaliden- unterstützung und die Ausschreibung einer Urab- stimmung ist den Mitgliedern nun Gelegenheit ge- geben, das Für und Wider einer solchen Unter- stützungseinrichtung nach allen Seiten zu erörtern und in der Urabstimmung ihren Willen klar und

unzweifelhaft zum Ausdruck zu bringen. — Möge die Diskussion eine lebhafte und fruchtbringende werden!

Es bedarf wohl kaum noch der besonderen Er- wähnung, daß die Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes nicht Selbstzweck sind, sondern dazu dienen sollen, durch Heranziehung neuer Mit- glieder und festeren Zusammenschluß der ausein- anderstrebbenden Elemente — d. h. durch Verminder- ung der Fluktuation — die Organisation zu stärken und ihre Kampfbereitschaft und Schlagfertigkeit für den wirtschaftlichen Kampf zu erhöhen. Diesem Zweck würde in hervorragender Weise auch die Invalidenunterstützung dienlich zu machen sein. Soll die Hauptaufgabe unseres Verbandes, die Tarif- vereinbarungen über das ganze Reich auszuhandeln, zur Wahrheit werden, dann ist es dringend not- wendig, bessere Organisationsverhältnisse in der Provinz herbeizuführen. Wären wir uns aber heute einmal in den Provinzialstädten um, dann sehen wir, daß der größte Prozentsatz der dort vorhandenen indifferenten männlichen Berufsangehörigen aus älteren, verheirateten und an den Ort gebundenen Leuten besteht, während der größte Teil der jungen, dem ewigen Wechsel von Ort zu Ort unterworfenen Kollegen entweder der Organisation angehört oder doch wenigstens von dem Bewußtsein der Nützlichkeit oder Notwendigkeit der Organisation angehaucht ist. Gerade diese älteren Kollegen aber bilden bei den Bestrebungen, die auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Provinz gerichtet sind, einen sehr gewichtigen Faktor. Gelten sie doch in ihren Arbeitsstätten meistens als geübte und ein- gearbeitetete Arbeitskräfte. Gelingt es uns nicht, diese Berufsangehörigen unserer Organisation zu- zuführen und sie für den gewerkschaftlichen Kampf zu erziehen, dann wird es mit der Ausbreitung des Tarifes über das ganze Reich noch gute Weile haben.

Mit den uns jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln ist diesen Kollegen aber nicht beizukommen. Die idealen Anschauungen, wie sie der modernen Arbeiterbewegung zugrunde liegen, die Solidarität mit ihren Berufsgegnossen, sind ihnen unbekante Begriffe. Und die vorhandenen Unterstützungs- einrichtungen laden die nach ihrer Meinung sich in Lebensstellungen Befindenden nicht.

Aber auch die Einführung einer Krankengeld- zuschufasse, wie sie schon verschiedentlich angeregt wurde, würde, als Mittel zur Agitation gedacht, seinen Zweck verfehlen. Ist doch heute durch die Doppelversicherung in zwei Krankenkassen viel besser die Gelegenheit geboten, sich gegen alle Eventuali- täten in Krankheitsfällen zu schützen, als wie dieses durch Einführung einer solchen Unterstützungs- einrichtung im Verband möglich sein würde. Dagegen bietet die Invalidenunterstützung dem alternden Kollegen die Gewähr, daß ihm nicht nach einem mühevollen und arbeitsreichen Leben Rot und die Sorge ums tägliche Brot auch noch den Lebensabend verbittern. Sie läßt ihm in der Organisation den treuen Freund und Beschützer seines Alters er- kennen.

Die Jugendfreunde.

Von M. Gorzkij.

Aus dem Russischen übersetzt von F. Vertuch.

(Fortsetzung.)

„Natürlich — ich hatte ihn eben gern, den Witty!“ rief Zefim. „Ein geschickter Junge war's — alle hatten ihn gern, nicht nur ich allein! Wenn er so zu erzählen anfang — ich weiß nichts mehr davon, dreißig Jahre sind's her — o, lieber Gott, wo mag er jetzt sein? Wenn er noch lebt, nimmt er entweder eine hohe Stellung ein, oder — er ist in den tiefsten Sumpf versunken! So ist das Menschenleben! Es kocht und siedet, aber nimmer kommt etwas Gescheites dabei heraus! Und die Menschen verderben — Leid können sie einem tun — sehr Leid.“

Zefim seufzte schwer auf und senkte den Kopf. Minutenlanges Schweigen. „Und auch ich tue Dir Leid?“ frug der Arrestant vergnügt. Wirklich vergnügt war er, sein ganzes Gesicht war von einem gutmütigen schönen Lächeln erleuchtet.

„Bist ein sonderbarer Mensch!“ rief Zefim. „Natürlich muß Du einem Leid tun! Was bist Du denn eigentlich? Da Du bagabundierst, hast Du wohl nichts auf der Welt, was Dir gehört — weder Kind, noch Kegel! Vielleicht trägt Du an einer großen Schuld — wer weiß? Arm- selig bist Du — das ist's!“

„Ja — ja!“ sagte der Arrestant.

Und wieder schwiegen sie. Die Sonne war schon gesunken und die Schatten waren dunkler geworden. Es roch nach feuchter Erde, Blumen und Waldesausdünstung. . . . Lange saßen sie schweigend.

„So schön es auch hier ist, aber weiter- gehen müssen wir doch. Wir haben ungefähr noch acht Kilometer zu gehen. . . . Auf, Wäterschen, erhebe Dich!“

„Meiben wir noch ein wenig sitzen!“ bat der Angeredete.

„Meinetwegen schon — ich bin auch gern des Nachts am Waldesaum. . . . Aber wann kommen wir dann zum Landrat? Der wird schelten — es ist schon spät —“

„Macht nichts, das tut nicht weh —“

„Wenn Du ein Wort für mich einlegst —“ lachte der Wäterschen.

„Das kann ich tun.“

„Was Du sagst?“

„Run?“

„Du bist ein Spaßvogel? Der wird Dir schön geben!“

„Saut er denn?“

„Streng ist er! Und dabei geschickt — er gibt einem eine Ohrfeige, und es scheint einem, als ob er nach den Weinen schlägt —“

„Run, dann prügeln wir ihn wieder!“ sagte der Arrestant ruhig, und tatsächlich seinen Wäterschen freundschaftlich auf die Schulter.

Das war familiär und gefiel Zefim nicht. Wie dem auch sei, er gehörte doch zur Behörde,

und dieser Ursache durfte nicht vergessen, daß er unterm Gürtel sein Amtszeichen trug. Er stand auf, nahm seinen Stock in die Hand, steckte sein Amtszeichen mitten auf die Brust und sagte streng: „Steh' auf, gehen wir!“

„Ich gehe nicht!“ sagte der Arrestant.

Zefim wurde verwirrt, riß die Augen auf, schwieg eine halbe Minute lang, und begriff nicht recht, wie der Arrestant dazu kam, sich solche Späße zu erlauben?

„Nun mache keine Geschichten, gehen wir!“ sagte er schon etwas sanfter.

„Ich gehe nicht!“ sagte der Arrestant mit Entschiedenheit.

„Wie, Du gehst nicht?“ schrie Zefim nun erstaunt und zornig.

„Sehr einfach! Ich will hier mit Dir über- nachten. . . . Nun mache mal ein Feuerchen!“

„Ich werde Dir was übernachten! Ich werde Dir so ein Feuerchen zwischen die Rippen machen, daß Du Dich wunderst!“ drohte Zefim. Innerlich aber war er höchst erstaunt. Dieser Mensch sagte, er wolle nicht gehen, widersetzte sich nicht, machte keine Mistaken zum Haufen, lag ganz ruhig auf der Erde — weiter nichts! Was war da anzufangen?

„Brülle nicht, Zefim!“ riet der Arrestant ruhig.

Zefim schwieg wieder, trat von einem Fuß auf den anderen und sah seinen Gefangenen mit großen Augen an. Auch jener betrachtete ihn und lächelte dabei. Zefim überlegte ange- gestrengt, was er zu tun habe: wie war es nur

Über wir haben auch die moralische Verpflichtung, Unterstützungsvereine einzuführen, welche die Kollegen, die bisher ihr ganzes Sein und ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt haben, vor Not und Elend im Alter zu schützen. Wer kennt sie und wer nennt sie alle, die jahrzehntlang die wenigen Feiler- und Arbeiter, die ihnen die Berufsarbeit lieb, der Organisation gewidmet und unter Opfern an Geld und Gesundheit für das Wohl und Gedeihen des Verbandes gesorgt und gestrebt haben? Wollen wir diese Kollegen, die doch die eigentlichen Träger der Organisation sind, die durch ihre unermüdbaren Wirken den Verband groß und stark gemacht haben, dereinst, wenn die Gebrechen des Alters sich einstellen, der Not überlassen? Sollen sie hungrigen Auges zusehen, wie eine jüngere Generation mühelos die Früchte ihrer Arbeit und ihres Fleißes genießt? Das wollen wir nicht, das dürfen wir nicht wollen! Und wie wir für unsere Beamten sorgen, indem wir sie verpflichten, sich der für sie bestehenden Unterstützungsvereinigung anzuschließen, so müssen wir auch für jene durch Einführung einer Invalidenunterstützungskasse sorgen.

Die Vorlage des Verbandsvorstandes, die auf den genauen Berechnungen unserer Verbandsfunktionäre beruht, ist in ihren Grundzügen annehmbar. Wird sie verwirklicht werden, dann wird unsere Organisation an Mitgliederzahl wie an innerer Kraft ganz bedeutend gewinnen, und wir können mit größerer Zuversicht denn bisher allen kommenden Kämpfen und Stürmen entgegengehen.

Allerdings wird mit der Einführung der Invalidenunterstützung eine Erhöhung und Staffelung der Beiträge nicht mehr zu umgehen sein. Aber diese würden auch ohnedies bald notwendig werden, sehen doch die immer schärfer werdenden wirtschaftlichen Kämpfe mit zwingender Notwendigkeit gut gefüllte Gewerkschaftskassen voraus.

Nur eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch vor der entscheidenden Urabstimmung. Benutze jeder, der Anhänger einer Invalidenunterstützung ist, diese kurze Frist, um für sie zu wirken und dem großen Gedanken der Solidarität, der in ihr ruht, zum Durchbruch zu verhelfen. Zum Wohle des Verbandes, zum Nutzen der Mitglieder!

Kaum ist die Vorlage des Verbandsvorstandes erschienen, so hört man aus den Tarifstädten, daß man dort eifrig bemüht ist, gegen die Invalidenunterstützung Stimmung zu machen. Dieses Vorgehen ist bedauerlich und auch unverständlich. Die Vorgänge bei der vorjährigen Aussperrung in den Tarifstädten sollten doch gezeigt haben, daß die Kollegen in den Tarifstädten alle Ursache haben, für Einrichtungen in unserem Verbandsverband einzutreten, die geeignet sind, den gegen die indifferenten Massen in der Provinz gerichteten Auffaugungsprozeß zu beschleunigen. Oder hat man in den Tarifstädten schon vergessen, daß es gerade die indifferenten Provinzler waren, die in hellen Scharen nach den Aussperrungsgebieten zogen, die es dem Arbeitgeberverband ermöglichten, den Kampf solange hinauszuziehen und die Zugeständnisse auf solch niedrige

Stufe hinabzudrücken? Darum, Kollegen in den Tarifstädten, bedenket was ihr tut, wenn ihr die Wurzeln des Raumes vertrocknen laßt, dessen Zweige für Euch die goldenen Früchte des Tarifes tragen. Hannover. G. R.

In den Artikeln, welche bezüglich des Verbandstages in unserer Zeitung erscheinen, zeigt sich ein lebhaftes Interesse für die Weiterentwicklung unseres Verbandes. Nun vermittele ich in der Diskussion eine Frage, welche für unseren Verband von sehr weittragender Bedeutung ist, und zwar: „Unsere künftige Stellungnahme zu der bisher üblichen Demonstration für den Achttundentag, die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai.“ Mag nun auch die Maifeier unserer Berliner Kollegen im verflossenen Jahre ein wunder Punkt in der Geschichte des Verbandes sein, so dürfen wir doch nicht um die Frage herumgehen. Erst recht müssen wir diese Frage aufröhlen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob die Arbeitsruhe am 1. Mai für unseren Beruf wirklich das richtige Mittel ist, um wirksam für den Achttundentag zu demonstrieren. Diese Frage kann von einem Beruf, der im Frühjahr wie im Sommer in der Hochkonjunktur sich befindet, anstandslos bejaht werden. Für einen Beruf jedoch, in dem sich bereits im April die Vorböten der „Sauerer Surlenzeit“ einstellen, in einem Beruf, der im Mai mitten in der flauen Geschäftszeit steht, ist diese Frage nicht so einfach. Hier muß sich jeder objektiv denkende Mensch fragen, daß von einer wirksamen Demonstration keine Rede sein kann. Die Arbeitgeber in unserem Beruf werden jedesmal eine heillose Freude haben, wenn unsere Kollegen „maifeiern“. Die Freude wird jedoch noch größer sein in den Orten, in denen für die Gewerkschaft günstige Tarifabmachungen bestehen.

Durch die Demonstration will man doch bezwecken dem gewinschten Ziele etwas näher zu kommen. Hat nun aber die Demonstration der Berliner Kollegen im Vorjahre uns unserm Ziele näher gebracht? Ich denke, die Ereignisse und Begleiterscheinungen des verflossenen Jahres haben gerade das Gegenteil gezeigt. Wir brauchen uns gar nichts zu vergeben, wenn wir zu der Erkenntnis kommen: daß die unbedingte Arbeitsruhe am 1. Mai als Demonstration für den Achttundentag für unseren Beruf nicht anwendbar ist. Deswegen ist noch lange nicht gesagt, daß wir auf die Erreichung des Achttundentages Verzicht leisten, wenn wir uns nicht einer Demonstration anschließen, die in eine für uns ungünstige Zeit fällt.

Ich habe diese Frage in die Diskussion geworfen, weil ich der Meinung bin, daß endlich einmal Klarheit geschaffen werden muß, wie sich die Mitglieder des Verbandes in Punkte Maifeier zu verhalten haben. Die Anschauung, daß man nur da die Arbeit ruhen lassen soll, wo man nicht in erstliche Differenzen verwickelt wird, sagt gar nichts, da man nicht immer voraussetzen kann, was für Folgen nachkommen.

Ich bin der Meinung, daß es nicht zulässig ist, daß Mitglieder eines Verbandes durch eine Extra-

paranz die Existenz und Errungenschaften desselben in Frage stellen dürfen. Ich bin weiter der Meinung, daß es ungerecht ist, wenn einige hundert Kollegen durch ihre Starrköpfigkeit in Punkte Maifeier die Hoffnungen Tausender ihrer Mitkollegen vernichten. Hier muß unter allen Umständen der Verbandstag entscheidend eingreifen. F. S.

Verbandstagswünsche in den Gewerkschaftszeitungen erörtert, erwecken immer einen unangenehmen Eindruck. Kommen doch dann alle die kleinen Krämerseelen zum Wort, die jeden Pfennig Beitrag gleich in eine Mark Unterstützung ungenutzt wissen wollen. Alle Neunmalweisen lassen ihre Unterzuse erhallen und glauben, daß der Pfennig Beitragserhöhung die Zahl der Mitglieder verringern dürfte. Das Streben mag löblich sein, aber wer aus den Erscheinungen des Tages die Forderungen des Tages herauszufallen kann, der kann nicht umhin, die mannigfaltigen Wunschzettel kleinlich zu finden und ihre Publikation liegt oft nicht gerade im Interesse der Gewerkschaft, trägt oft nicht dazu bei, das Ansehen der Organisation zu stärken. Welchen Eindruck muß es z. B. auf die Gegner machen, wenn eine Anzahl Kleingeiter ihre Geschrei erhebt und ängstlich jammert: „Im Gotteswillen keine Beitragserhöhung, sonst springen uns die Mitglieder ab.“ Oder wenn die gleichen fordern: „Unter allen Umständen müssen die Unterstützungsätze erhöht und neue Unterstützungsvereine geschaffen werden, sonst gehen uns die Mitglieder lauter! — Wahrlich, solche Wunschzettel „stärken“ das Ansehen der Organisation und es ist ein erhebendes Bild, wenn so oft ein ganzer Massenchor besagt: „Mit der Ueberzeugungstreue und dem Idealismus unserer Kollegen ist es nicht weit her, sie betrachten den Verband zumeist nicht als Kampforganisation, sondern als melfende Kuh.“

Auch die Diskussion über die Aufgaben des Nürnberger Verbandstages hat die Krämerseelen aufgeschreckt und geben sie in unserer Zeitung ihre Klagelieder kund. Das Bedauerliche bei dieser Situation aber ist, daß der Zentralvorstand diesen Leuten Konzeptionen macht und ihnen eine Invalidenversicherung auf dem Präsentierteller entgegen bringt. Gewiß, der Dresdener Verbandstag hatte ihm diese Pflicht auferlegt. Aber — mußte dieser Zukunftswunsch eingelöst werden, nachdem inzwischen sich die Situation um ein bedeutendes geändert hat? Die Klagengegenstände haben sich während der letzten Jahre verschärft, die Internerorganisationen sind erheblich gewachsen und mit dem Wachstum an Zahl wuchs auch ihre Brutalität und Struppellosigkeit. Für die Gewerkschaften birgt der Zukunft Schoß gewaltige Kämpfe.

So fallen die Forderungen der Zukunft mit den Geboten des Tages zusammen und beide heißen die Stärkung der Kriegskasse der Organisation. Damit soll nicht gesagt sein, daß es Aufgabe der Organisationsleiter sei, nur auf das Wachstum der Kriegskasse Bedacht zu nehmen und alle Unterstützungsvereine gering zu achten. Ganz im Gegenteil! — Es muß das Bestreben aller einseitigen Gewerkschaftler sein, alle gewerkschaftlichen Unterstützungsvereine zu verbessern und auszubauen, die geeignet erscheinen, die Aktionsfähigkeit und Kampffreude der Gewerkschaft zu verstärken! So sind gute Streik- und Gemäßigten- wie Umzugs-, Arbeitslosenunterstützung und Rechtschutz ein integrierender Bestandteil der Kampforganisation, je besser diese Unterstützungen ausgebaut sind, desto mehr wirken sie nicht nur agitatorisch, sondern auch bestimmend auf den wirtschaftlichen Einfluß der Organisation! Alles andere ist vom Uebel und wirkt im günstigsten Falle als unnützer Ballast! —

Was soll der übrige Unterstützungsplaner? Als Köder dienen, um Indifferente anzulocken, anstelle der Einsicht, anstelle der Ueberzeugung soll der materielle Egoismus, anstelle des Massenbewußtseins rechnerische Erwägungen, schmutziger Krämerstun tzen? Sollte das der Organisation zum Vorteil gereichen? —

Kranken- und Invalidenversicherungen überlasse man der sozialen Gesetzgebung, für die Organisation sind sie — von freiwilligen Unterstützungen in besonderen Notfällen abgesehen — zur Einführung ungeeignet. Insbesondere die Invalidenunterstützung, die andauernd und vielseitig, ja voraussichtlich, in stetig zunehmendem Maße größere Summen erfordert, kann während eines wirtschaftlichen Kampfes zu einer lästigen Bremse werden. Gerade dieser Unterstützungsweig verlangt die Ansammlung eines Grundfonds, der für andere Zwecke nicht angetastet werden darf. Ideal erscheinen mir jedoch nur solche Unterstützungen, die jederzeit annulliert werden können, wenn der Gewerkschaftskampf es erfordert. Kranken- und Invalidenunterstützungen einzuführen oder vielmehr die bestehenden sozialen Versicherungen zu verbessern, ist eine Aufgabe der Gesetzgebung, nicht eine der Gewerkschaften!

— erinnerst Du Dich, wie Du im Wald in die Wolfsgrube fielst? Und wie ich Kester ausnehmen wollte, und an einem Ast mit dem Kopf nach unten hängen blieb? Und wie wir bei der alten Milchfrau Rahm stahlen? Und wie sie uns Märchen erzählte?“

Zefim glitt schwerfällig zur Erde und lächelte verwirrt.

„Glaubst Du's jetzt?“ frug der Arrestant und setzte sich neben ihn hin, sah ihm ins Gesicht und legte die Hand auf seine Schulter.

Zefim schwieg. Um sie herum war es ganz dunkel geworden. Im Walde ertönte dumpfes Geräusch und Geflüster — irgendwo ächzte ein Nachtvogel. Eine Wolke glitt über den Wald hin, sich kaum merklich fortbewegend.

„Nun, Zefim, freust Du Dich denn gar nicht über die Begegnung? Oder freust Du Dich sehr? O Du einfältiges Gemüt! Wie Du als Kind warst, bist Du auch heute noch! Zefim, so rede doch, Du liebes Ungetüm!“

Zefim räusperte sich geräuschvoll.

„Nun, Brüderchen, ei, ei, ei!“ schüttelte der Arrestant vorwurfsvoll den Kopf. „Was hast Du? Schämte Dich! Du wirst wohl bald fünfzig — und gibst Dich mit solchem Ansinn ab? Laß das!“ und er umfaßte die Schultern des Wächters und rüttelte ihn.

(Schluß folgt.)

gekommen, daß dieser Bagabund, der die ganze Zeit so finster und höfe war, plötzlich so lustig geworden war? Wie wäre es, wenn er sich auf ihn würde, ihm die Arme hände, ein paarmal hinter die Ohren schlug, und fertig damit? Und Zefim sagte in dem strengsten Befehlshaberton, der ihm zu Gebote stand: „Nun hast Du aber genug gespaßt, Du Wicht! Steh' auf, sonst binde ich Dich — dann gehst Du, kannst mir's glauben! Verstanden? Nun, paß auf, sonst schlage ich zu!“

„Mich?“ lächelte der Arrestant.

„Und warum denn nicht?“

„Den Witty Luczkow willst Du, Zefim Gryzkow, schlagen?“

„Ach Du — da soll doch gleich —!“ schrie Zefim überlaut. „Was meinst Du eigentlich? Was willst Du mir vorschwindeln? — Lasse das!“

„Nun höre aber auf zu schreien, Zefim! Es ist Zeit, daß Du mich erkennst!“ lächelte der Arrestant ruhig und stand auf. „Wie geht es Dir eigentlich?“

Zefim wich vor der ihm dargebotenen Hand zurück und glockte seinen Gefangenen an — dann fingen seine Lippen an zu zittern und sein ganzes Gesicht wurde von feinen Runzeln überlaufen.

„Wiktor Alexandrowicz! . . . Sind Sie es wirklich?“ frug er flüsternd.

„Willst Du — ich zeige Dir meine Papiere? Oder besser, ich gedenke der Vergangenheit: also

Man betrachte die Sache einmal von diesem Gesichtswinkel und befehe sich jene, die am lauteften nach solchen Unterstühtungen schreien; es sind zumeist solche Kollegen, die sich um soziale und politische Wahlen kaum bekümmern und politisch völlig indifferent dahin vegetieren, die von unserer Verfechtungsgefechtung nur notdürftig unterrichtet sind und in bezug auf das Zustandekommen dieser Gefechte nur die verlogenen Darstellungen ihres bürgerlichen Leiborgans kennen. Dieser Vorwurf soll allerdings nicht jene Kollegen treffen, die zur Feder greifen und in der Zeitung für solche Unterstühtungsrichtungen Propaganda machen; ich weiß nur zu gut, daß ein großer Teil der letzteren gar nicht daran denkt, selbst von diesen Unterstühtungen Vorteile einzuhelfen, sondern sie halten sie für geeignet, Fernstehende heranzuziehen und Schwankende zu halten und deshalb machen sie dem Indifferentismus Konzeptionen. Das aber ist töricht! Nicht Konzeptionen darf man dem Indifferentismus machen, sondern man muß ihn bekämpfen! Der Kampforganisation müssen die Mitglieder zufließen und treu bleiben, nicht der Verfechtungsgefechtung!

Leider verfällt auch der Zentralvorstand in diesen Fehler und unser Redakteur malt sogar das Bild eines bettelnden Strüppels an die Wand, um mitleidigen Philantropen Tränen des Mitleids auszuwecken. Solche Glendbilder sollte man nicht zur Stimmungsmache für eine problematische Unterstühtung mißbrauchen, sondern sich ihrer bedienen, um jenen volksverräterischen Parteien ein Brandmal der Schande aufzudrücken, deren verbrecherische Politik solche Glendbilder verschuldet, um so mitzuwirken, daß nicht noch einmal diese Volksverräter von der Dummheit Gnaden zu einem führenden Einfluß im Parlament gelangen. So ist denn mein erster Verbandstagswunsch: Der X. Verbandstag möge allen jenen, die auf Einführung einer Invaliden- oder Krankenunterstühtung drängen, zurufen: Betätigt euch auf politischem Gebiet, verbreitet Aufklärung, agitiert, daß sobald wie möglich die herrschenden Gewalten von dem Schauplatz der Gefechte abtreten müssen und eure Wünsche durch die Gefechte erfüllt werden können. Die Organisation darf nicht mit Aufgaben bepackt werden, die mit dem Charakter der Kampforganisation nichts gemein haben!

Auf dem Wunschzettel zum Verbandstage steht an zweiter Stelle die von vielen Kollegen geforderte Staffelfrage. Die Staffelfrage läßt sich nicht so ohne weiteres abtun, denn tatsächlich bestehen Ungerechtigkeiten, die jedem demokratischen Gefühl ins Gesicht schlagen und teilweise schon längst zu Unzutraglichkeiten geführt haben. Sie zu beseitigen, muß Aufgabe des Verbandstages sein. Ob aber der Staffelfrage als solcher dieses Vermögen, das möchte ich vorläufig noch in Abrede stellen. Die Reden, die Kollege F. S. in Nr. 11 der Zeitung gegen denselben vorbringt, sind so durchschlagender Natur, daß auch der fanatischste Staffelfragefanatiker sich ihnen beugen muß. Im den Ungerechtigkeiten der heutigen Beitragsleistung zu begegnen und zugleich unsere Kräfte zu stärken, gibt es meiner Ansicht nach nur einen gangbaren Weg und so wäre dem mein zweiter Verbandstagswunsch: Der Verbandstag möge den Normalbeitrag auf 50 Pf. pro Woche erhöhen und in allen Zahlstellen miteinander garantierten Minimallohn von 24 Mk. einen Zuschlag von 15 bis 25 Pfennig pro Woche zugunsten der Zentralkasse einführen! Ein garantierter Minimallohn steht immer einem Durchschnittslohn von mindestens 26 bis 27 Mk. voraus, so daß bei der Ungleichheit der Einkommensverhältnisse der Kollegen die vorgeschlagene Staffelfrage angemessen erscheint und zudem zu Rechnungs-schwierigkeiten kaum führen dürfte.

Die Anstellung besoldeter Gauleiter wird ebenfalls von dem Verbandstag gewünscht. Zu untersuchen, welche Gauen einen solchen haben und welche einen solchen sofort haben müssen, ist keineswegs meine Aufgabe. Aber auf eins möchte ich den Verbandstag doch aufmerksam machen. Die christlichen Konkurrenzorganisationen haben sich einen Beamtenstab zugeleitet, der zu dem Zahlenverhältnis der beiden Gewerkschaftsrichtungen dem Beamtenstab der freien Gewerkschaften bei weitem an Zahl überlegen ist. Wenn auch die auch-Gewerkschaften an Worten erschein müssen, was ihnen an Taten gebührt und deshalb Agitatoren freistellen, wir haben, so meine ich, keine Veranlassung, unser Licht unter den Scheffel zu stellen, sondern alle Veranlassung, durch unser Wort auf unsere Taten hinzuweisen. Die Freistellung befähigter Kollegen als Organisationsbeamte erfordert schon der Konkurrenzkampf der Organisationen! Möge der Verbandstag das berücksichtigen! — Das wäre mein dritter

Verbandstagswunsch. Und der letzte: Daß die Beschlüsse des Verbandstages dem Verband zum Vorteil und Segen gereichen und die Nürnberger Tagung neuen Agitations- und Organisationsenergie auslöse. Doch das ist ein Wunsch, der auch alle anderen besetzt und hoffentlich in Erfüllung geht.

Duisburg.

W. Seife.

Zur Agitation in der Kartonbranche.

Keine Industrie hat wohl einen so ungeahnten Aufschwung genommen als die Kartonindustrie. Durch die Art der Erzeugnisse, sowie durch die Produktionsweise sind in der Kartonindustrie hauptsächlich weibliche Arbeiter beschäftigt. Es befinden sich zur Zeit 160—170 Betriebe in Berlin, in welchen insgesamt 3000—3300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Von diesen sind zirka 1000 organisiert.

Neben den Großbetrieben mit 80—400 Beschäftigten vegetieren noch eine ganze Reihe von Zwergebetrieben. Bemerkenswert ist es, daß alle Betriebe mehr oder weniger Heimarbeitern beschäftigt. Während in den meisten Branchen das Angebot bedeutend größer ist als die Nachfrage, ist es bei der Kartonbranche gerade das Gegenteil, natürlich nur, soweit weibliche Arbeitskräfte in Frage kommen. Der sogenannte Stamm, den man in jedem Betriebe antrifft, ist für die Organisation sehr schwer zu gewinnen. Die Prinzipale, Werkführer und nicht zuletzt die Direktoren verstehen es, ihre Schäfchen von den Einflüssen der Organisation fern zu halten. Besteht doch in einer großen Fabrik ein Verein, in welchem die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit künstlich gegährt wird, der böse Mund der Organisierten hat den Verein „Lreu und Prav“ getauft. Jedenfalls ist der Zweck erreicht, denn die in diesem Betrieb Beschäftigten scheuen die Organisation, wie ein gebranntes Kind das Feuer scheut. Die Arbeitszeit beträgt 9—11 Stunden, mitunter auch noch mehr und ist nur in größeren Betrieben eine geregelte. In den anderen Betrieben richtet sich dieselbe ganz nach der Willkür der Leitung oder nach der Arbeitslust oder -lust der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen arbeiten meist im Afford und nur ein ganz geringer Bruchteil erhält Wochenlöhne. Der Afforddienst schwankt zwischen 6—19 Mk. Letzteren Verdienst haben aber nur ganz eingearbeitete und ältere Arbeiterinnen. Der Durchschnittsverdienst pro Woche beträgt bei dem Gros der Arbeiterinnen kaum 11 Mk. Der Zugang von jugendlichen Arbeiterinnen ist kein so großer, denn die Löhne sind nicht allzu verlockend. 2,50, 3,00, 3,50 auch 5,00 Mk. erhält diese Kategorie von Arbeiterinnen pro Woche.

Eine der größten Firmen sucht den Mangel an jugendlichen Arbeiterinnen dadurch abzuheften, indem sie sich zur Zeit der Schulferien an die Nestoren wendet, und so für sich Arbeitskräfte gewinnt. Diese Firma zahlt 6 Mk. Lohn.

Die männlichen Arbeiter, Zuschneider, Mißer, Rieter usw. (die Kutscher gehören zu einer anderen Organisation), ungefähr 500—600, sind mit Ausnahme der Rieter sehr schlecht organisiert. Die Rieter haben durch ihre krasse Organisation bewiesen, daß es auch innerhalb der Branche möglich ist, einen Lohn- und Affordtarif zu erringen. Die Zuschneider allerdings zehren noch von dem Ruhme der Jahre 1890 und 1896. Die Löhne sind demnach niedrig, daß man sich wundern muß, in einer Großstadt dergleichen noch anzutreffen. Werden doch meist 22—24 Mk. als ausreichende Löhne angesehen, wenn ja auch nicht verschwiegen werden soll, daß in manchen Betrieben höhere Löhne gezahlt werden. Es betrifft aber hier hauptsächlich Arbeiter, die jahrelang die Stellen innehaben. Auf der anderen Seite aber sind es nicht nur Arbeiter unter 20 Jahren, welche mit 21, 20, 19 Mk. und noch weniger entlohnt werden. Die Arbeitszeit ist 9—10 Stunden. Ueberstunden müssen ohne Aufschlag geleistet werden, dafür darf dann auch der Zuschneider in vielen Fällen noch andere Funktionen übernehmen, Fahrstuhl bedienen, Wagen laden, Pappen abladen usw. Die Aussicht, auch einmal Werkführer zu werden, entschädigt manchen für den färglichen Lohn. Das sind Verhältnisse, wie sie einer Großstadt geradezu unwürdig sind. In allen Branchen hat man mit dem Indifferentismus bei den Kollegen zu kämpfen, aber in keiner so wie in der Kartonbranche. Man verhält sich nicht nur passiv dem Verband gegenüber, sondern man sucht ihn in jeder Weise zu schädigen. Hat die Organisation in einem Betriebe Fuß gefaßt, so erklärt der Chef in den meisten Fällen, sparen Sie sich doch lieber das Geld, wenn Sie etwas wollen, kommen Sie selbst, aber lassen Sie uns mit dem Verband in Ruhe! oder aber die niedrigst entlohten Arbeiter werden mit einer Zulage von 1 Mk. pro Woche bedacht, der Vertrauensmann aber entlassen. Gleich erklären die Kollegen, es hat ja doch keinen Zweck, der „Alte“ kann jetzt doch nicht mehr geben, und die Werkstatt muß neu gewonnen werden.

Kollegen und Kolleginnen! In Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“ haben Euch die Limbacher Kollegen und Kolleginnen bewiesen, was ein geschlossenes Vorgehen für Erfolge in sich bürgt. Haben wir ähnliches in Berlin aufzuweisen, mit Ausnahme der Rieter? Nein! In dem Limbacher Tarif sind Löhne vorgesehen, die für uns noch unerreichbar sind!!! Und wodurch sind in Limbach derartige Vorteile erreicht worden? Nur durch den Zusammenschluß, nur durch die Organisation!

Kollegen und Kolleginnen! Schüttelt Eure Trägheit ab, wohin Ihr seht, überall ein Ringen und ein Vorwärtsstreben, nur Ihr steht abseits. Schließt Euch dem Verband an, beweist, daß es Euch Ernst ist mit der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, dadurch, daß Ihr nicht nur zahlende Mitglieder, sondern auch werdende seid.

Darum! Hinein in die Organisation!

l. e.

Korrespondenzen.

Nächstehende Firmen sind gesperrt: M. Beck, Kartonprägerei in Berlin, R. Riester u. Co., Luzuspapier- und Zelluloidwarenfabrik in Berlin, Spänle in Offenbach und G. Wolfensberger in Zürich.

Der schweizerische Buchbinderverband macht bekannt, daß die ganze Westschweiz (französische Schweiz) in Lohnbewegung steht. Beteiligt sind die Sektionen Genf, Lausanne, Neuenburg (Mendätel), Chaux de Fonds und Locle. Gefordert wird der Reinstudententag sowie ein Minimallohn von 4,50 Fr. pro Tag. Die Unternehmer werden verurteilt, auch in Deutschland „Arbeitswillige“ zu engagieren. Wir machen unsere Kollegenschaft darauf aufmerksam und erwarten, daß alle Stellenangebote nach diesen vorgenannten Orten ausgeschlagen werden.

Der Fachverein der Schmuckeitarbeiter Wiens richtet an die deutschen Etnuarbeiter die Aufforderung, Arbeitsangebote aus Wien nicht anzunehmen, bis die in sicherer Aussicht stehenden Differenzen geregelt sind. Unsere Kollegen der Etnuarbeiter wollen dies beachten.

In alle unsere Mitglieder richten wir die dringende Aufforderung, vor jedem Stellungswechsel sich bei den örtlichen Bevollmächtigten nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Klagen zu erkundigen. Nur dadurch wird es möglich sein, die allerorts bestehenden Lohnvereinbarungen striktestens einzuhalten. Keiner veräuere diese seine Pflicht, sondern stärke durch strengste Beachtung dieser die Position unseres Verbandes.

Katthaus. In der am 18. März abgehaltenen Mitgliederversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Hermann Rilk-Hotbus über: „Der Stand der heutigen Naturerkenntnis“. 2. Stellungnahme zur Urabstimmung betreffend der Invalidenunterstühtung. 3. Verschiedenes. Die Anwesenden verfolgten den Vortrag mit Interesse von Anfang bis Ende und spendeten dem Referenten am Schlusse der Ausführungen reichen Beifall. In Betreff der Urabstimmung über die Invalidenunterstühtung fand eine lebhafteste Debatte statt. Auf Antrag des Kollegen Pöhl wird die Fortsetzung über diesen Punkt in nächster Versammlung stattfinden. Erwähnt soll noch werden, daß, um dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder Rechnung zu tragen, öfters Vorträge gehalten werden sollen.

Eisenberg. Am 20. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Versammlungsbesuch war ein leidlicher, konnte aber der wichtigen Tagesordnung halber, besser sein. Der Vorsitzende erläuterte die vom Verbandsvorstand erlassene Bekanntmachung betreffs Einführung einer Invalidenunterstühtung und ersucht die Mitglieder, sich vollständig an der Urabstimmung zu beteiligen. In der Debatte erklärten sich fast alle Redner als Gegner einer Invalidenunterstühtung. Die Durchberatung der Anträge zum Goutage erforderte ebenfalls eine rege Debatte. Sodann gibt der Vorsitzende einen Bericht über die aufgenommene Statistik. Demnach sind an Orte vorhanden 15 Betriebe, welche 383 Personen beschäftigen. Davon sind 180 männliche und 70 weibliche in der Fabrik Beschäftigte, 85 Heimarbeitern und 48 Lehrlinge. Im Afford sind beschäftigt 97 männliche und 53 weibliche in der Fabrik, 85 Heimarbeitern, 6 Lehrlinge. Im Lohn arbeiten 83 männliche, 17 weibliche Personen in der Fabrik. Der Durchschnittsverdienst ist folgender: männliche, im Lohn 19 Mk., im Afford 18 Mk.; weibliche in der Fabrik, im Lohn 8 Mk., im Afford 7,50 Mk.; Heimarbeitern, nur im Afford 5 Mk.;

Schlinge, im Lohn 4 Mk., im Afford 7,50 Mk. Ueberstunden werden vergütet in 7 Betrieben mit 25 Proz.; in einem Betriebe mit 6 Pf. für männliche, 3 Pf. für weibliche Personen; in zwei Betrieben mit 5 Pf. für männliche, 3 Pf. für weibliche Personen; in einem Betriebe mit 4 Pf. für männliche, 3 Pf. für weibliche Personen; in vier Betrieben mit 3 Pf. für männliche, 2 Pf. für weibliche Personen. In sämtlichen Betrieben besteht die 1/2-stündige Arbeitszeit. Organisiert sind 255 Personen, davon 230 im Buchbinderverband. Demnach stehen uns noch zirka 80 Personen fern, welche sich meistens auf die zwei größten Betriebe konzentrieren. Unsere Aufgabe muß nun sein, auch das Häuflein uns noch Fernstehender zu organisieren, und das kann nur geschehen, wenn jeder einzelne Kollege mit Hand ans Werk legt. Aus dem nun folgenden Kartellbericht wurde die Maßfeier besonders hervorgehoben und beschlossen den 1. Mai zu feiern. Wo die Freigabe des ganzen Tages nicht erreicht werden kann, soll gearbeitet werden. Nachdem noch die Wahl eines Kartellbelegierten vorgenommen und einige unter Verschickens vorgebrachte Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hildesheim. Am Sonnabend, den 30. März, fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege E. Gensch wurde als Bevollmächtigter und als Kassierer lange wiedergebührt, als Schriftführer Braatz und als Revisoren Gensch und Müller gewählt. Weiter wurden noch einige Zustände am Platze geschildert. Diefelben sollen einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Erwähnt sei noch folgender Fall: Bei der Firma Robert Ahrens u. Sohn hatte ein Lehrling seine vierjährige Lehrzeit am 2. April beendet. Beglückt, nun die Früchte der Lehrzeit genießen zu können, tritt er zum Meister, um seinen verdienten Lohn für eine Woche in Empfang zu nehmen. Aber der neue Kollege hatte seine Rechnung ohne den Meister gemacht. Er erhielt zur Antwort: „Du mußt nicht denken, daß Du die Zeit, die Du jetzt noch bei uns bist, bezahlt bekommst. Wir behalten Dich nur so lange, bis Du eine Stelle hast, aus Gefälligkeit. Geld gibt es für diese Zeit nicht.“ Da sage noch einer, daß es hier keine guten Meister gebe. Als der Kollege nun sagte, er könne bei einem anderen Meister in Stellung treten, wurden ihm ganze 3 Mk. für die Woche geboten. Dies ist sehr bezeichnend für den Herrn Meister, welcher einen Lehrling nach vierjähriger Lehrzeit so viel bezahlen konnte, um als Gehülfe ganze 3 Mk. die Woche zu verdienen. Es lebe das ehrebare Handwerk!

Dresden. Am Sonnabend, den 6. April, fand in Adams Restaurant eine Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende W. Stohl über die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Urabstimmung betreffend Einführung einer Invalidenunterstützung eingehend referierte. Er führte aus, daß eine derartige Unterstützung das Idealste sei, was man sich denken kann. Wir müssen uns aber trotzdem die Frage vorlegen, ob gegenwärtig für diese Unterstützung ein allgemeines Bedürfnis vorhanden sei. Redner ist sehr dafür, daß wir uns den Anträgen anschließen, die eine Erwerbslosenunterstützung einführen wollen. Wütze ist ebenfalls der Meinung, daß es keine segensreichere Unterstützung geben kann, wie die Invalidenunterstützung. Im übrigen schließt er sich dem Vorredner an. In ähnlicher Weise sprechen sich noch einige Kollegen gegen die Einführung aus. Lange wundert sich, daß alle Redner gegen die Invalidenunterstützung sprechen: Wenn diese Unterstützung in anderen Gewerkschaften immer zuerst eingeführt wurde, dann kann dies doch für uns nicht maßgebend sein. Der Vorsitzende ersucht, die Artikel in unserer Zeitung genau durchzulesen, damit ein jeder bei der Urabstimmung sein eigenes Urteil abgeben kann.

Im Gewerkschaftlichen gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Buch- und Steindruckerei-Gehülfenarbeiter in einer Lohnbewegung stehen. Es ist daher Pflicht eines jeden, alle Fälle, in denen einem Kollegen Streifarbeits zugemutet wird, unserem Verbandsbureau bekannt zu geben. Als Beisitzer in die Verwaltung wird Kollege Samann gewählt.

Aufruf

an alle Kollegen und Kolleginnen in Frankfurt a. M.!

Kollegen und Kolleginnen! In der Generalversammlung am 28. Januar d. J. gelobten sich die Anwesenden, neben Vorstand und Agitationskommission alles daran zu setzen, um unsere Organisation zu einer achtunggebietenden Macht zu gestalten. Man hielt dies um so notwendiger, als es heute in das Belieben jedes einzelnen Arbeitgebers gestellt ist, seine Arbeiter und Arbeiterinnen nieder zu entlohnen und solange auszubeten, als es ihm beliebt. Aber es hat den Anschein, als wenn

die Mitglieder ihr Gelöbniß nicht all zu ernst nehmen würden. Was nützen die schönsten Vorträge, wenn sie vor leeren Tischen gehalten werden. Ueberhaupt ist das ganze Verbands- und Versammlungsleben so träge, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann.

Ein weiterer Wunsch des Vorstandes, das Vertrauensmännerystem noch besser auszubauen, fand ebenfalls in jener Versammlung freudige Zustimmung. Der Vorstand berief schon wiederholt Vertrauensmännerisungen ein. Aber auch hier sehen wir uns schmachlich getäuscht. Ein früher gefaßter Beschluß lautet, daß „alle Werkstuden, in denen drei Personen beschäftigt sind, gleichviel, wieviel hier von organisiert sind, in diese Sitzungen einen Vertreter zu entsenden haben“. Auf diese Weise wäre es möglich, daß 50 Betriebe vertreten sein würden. Aber eine Enttäuschung über die andere erlebt man auch hier. Am 3. April waren wiederum nachstehende Betriebe unvertreten: Grünebaum u. Cie., Hefener, Jäckel, Gebr. Schneider, S. Stiefel, Bogt u. Geiber, Dondorf, May Söhne, Klippel, N. Laer, Fron, Walter, Kraulich und Volliger. Dies sind fast alles Firmen, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen vieles zu wünschen übrig lassen. Hierzu kommen noch ca. 30 Betriebe, die teilweise 20—50 Personen beschäftigen, in denen uns jede Verbindung fehlt.

Kollegen und Kolleginnen! Soll nicht alles zweckloses Kräftevergeuden sein, dann sind wir gezwungen, auf Eure Unterstützung zu rechnen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Vertrauensmännerisungen besucht werden. Am Sonntag, den 14. April, findet wiederum eine solche statt. Dort werden wir sehen, ob dieser Appell gefruchtet hat. Näheres wird durch Handzettel bekannt gegeben.

Zum Schluß bitten wir noch alle Kollegen und Kolleginnen, uns alle Adressen der ihnen bekannten nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu übermitteln. Nur durch gutes Hand in Hand arbeiten werden wir vorwärtskommen.

Der Vorstand.

Rundschan.

Ein Betriebsunfall ereignete sich am 2. April in der Buchbinderei Liederich u. Bauer in Berlin. Ein noch nicht 15jähriges Mädchen geriet mit der linken Hand in eine Nutmaschine, die ihr drei Finger abquetschte.

Die Lohnbewegungen und Aussperrungen im Tapeziergewerbe nähern sich ihrem Ende. Die Aussperrung in Berlin wurde bereits Ende März für beendet erklärt, da die Unternehmer den reduzierten Forderungen der Arbeiter zustimmten. Nicht beteiligt hieran sind nur drei Betriebe. Die Nachrichten aus den übrigen Orten lassen ebenfalls darauf schließen, daß die Situation für den Verband der Tapezierer nicht ungünstig genannt werden kann.

Die Aussperrung der Schneider ist durch die nunmehr erfolgte Generalaussperrung in ein neues Stadium getreten. Von der Aussperrung sollen alle Arbeiter, gleichviel welcher Organisation sie angehören, getroffen werden. Folgende Ausnahmen sind gestattet: 1. Neue Gehülfen, die nachweislich keiner Organisation angehören und während des letzten Streiks am Platze als Arbeitswillige in dem gleichen Geschäft, in dem sie tätig sind, gearbeitet haben, dürfen mit Zustimmung des Vorstandes der betreffenden Ortsgruppe beschäftigt werden. Hierbei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Gehülfen vom Tage der Aussperrung ab nicht mehr für das betreffende Geschäft allein, sondern für die notwendigen Arbeiten aller Verbandsmitglieder herangezogen werden. 2. Sofern in einer Stadt seit längerer Zeit ein Streik nicht gewesen ist oder die unter 1. erlaubte Auslese nicht stattfinden kann, ist den nichtorganisierten Gehülfen, die bereit sind, weiter zu arbeiten, folgende Erklärung zur Unterschrift vorzulegen: „Ich erkläre mit bereit, nach dem bestehenden Tarif zu arbeiten und verpflichte mich ausdrücklich, jede mir überwiesene Arbeit, selbst wenn diese für andere bestimmt sein sollte, zur Ausführung zu bringen.“ 3. Inwieweit als der Vorstand einer Ortsgruppe die Erlaubnis zur Beschäftigung der unter 1. genannten Gehülfen gegeben hat, ist ebenfalls auf der Unterschrift der unter 2. erwähnten Erklärung zu bestehen. 4. In zweifelhaften Fällen entscheidet der geschäftsführende Vorstand in München. Durch den rigorosen Beschluß der Zentralstelle der Unternehmerorganisation ist es selbst in den Städten, in denen feste Tarife bestanden, zur Aussperrung gekommen. In der Aussperrung dürften nunmehr 10 000 Personen beteiligt sein.

Infolge von Lohndifferenzen wurden sämtliche Arbeiter der Werft Aktiengesellschaft „Weser“, ungefähr 4000, ausgesperrt. Die Differenzen bestanden nur mit den Schmieden. Auch diese Aussperrung scheint größere Kreise geben zu wollen, da nach den Zeitungsmeldungen verschiedene Betriebe bekannt

machten, daß sie ihr Personal aussperrten würden, wenn nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Differenzen mit der Werft „Weser“ beigelegt sind.

Ueber die Bewegung in der Holzindustrie unterrichtet uns die „Holzarbeiter-Zeitung“ wie folgt: Die Aussperrung in der Holzindustrie nimmt jetzt größeren Umfang an. Zwar geht die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Berlin ständig zurück, dafür hat die Aussperrung am 1. April aber auf mehrere andere Orte übergreifen, wo die Verträge an diesem Zeitpunkt abliefen. Mit der großen Aktion, die der Schutzverband gegen den Deutschen Holzarbeiterverband vor hatte durch einmütige demonstrative Aussperrung der Verbandskollegen am 1. April, ist es aber nicht. Denn in Oldenburg läuft der Vertrag überhaupt erst am 21. April ab. Die Unternehmer müßten also vertragsbrüchig werden, wollten sie am 1. April aussperrten, und das werden sich die Herren doch erst noch einmal überlegen. In Warmen, wo die Unternehmer bereits Ende März aussperrten sollten, sind ganze 50 Kollegen ausgesperrt worden; das sieht gewiß nicht nach demonstrativer Aussperrung aus. Auch in Dresden scheint dem Schutzverband die Sache gar nicht zu klappen. Und gar in Halle haben die Unternehmer um acht Tage so spät gekündigt, um rechtzeitig am 1. April aussperrten zu können, so daß die Aussperrung bestenfalls am 6. April durchgeführt werden kann. So dürfte es nur in Leipzig, Görlitz, Guben und in beschränktem Umfang in Dresden am 1. April schon zur Aussperrung kommen. Die geringe Einheitslichkeit in dieser vom Arbeitgeber-Schutzverband seit Wochen schon mit so großem Tamtam angekündigten großen Aktion gegen den Deutschen Holzarbeiterverband läßt auf wenig Kampfesfreude im Unternehmerlager schließen. Kein Zweifel, die Unternehmer werden sich gern an großen Worten, und so haben sie in ihren Sitzungen in einer augenblicklichen, von den Führern des Schutzverbandes künstlich hervorgerufenen Leidenschaft mit Begeisterung den Müßiggang gegen den Deutschen Holzarbeiterverband abgelegt. Als sie aber an die Ausführung ihrer Beschlüsse schritten, da stellten sich dem große Hindernisse entgegen. Im nächsten Leben, wenn die kühle Besinnung und das geschäftliche Interesse mitsprechen, beurteilt man eben eine Sache ganz anders, als im Begeisterungsschwung, wenn alles in großen Worten macht und wenn nur der Scharfmacher, nicht der Geschäftsmann entscheidet. Hinterher kommt dann gewöhnlich die Ernüchterung.

Der Gesekentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kommt wieder. Auf eine Interpellation des Zentrums antwortete Posadowski, daß diese Vorlage in veränderter Form dem Reichstage wiederum unterbreitet werde. Da heißt es zunächst abwarten, welcher Natur diese „Änderungen“ sein werden.

Die zähe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Katastrophen gewonnenen Ueberzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft allein noch instande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen. Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, sind sehr vielseitig. Zunächst auf geistig-sittlichem Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsangelegenheiten durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterlesesäle, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Fortkurse zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleitung der Fehler einer vernachlässigten Lehrlingsausbildung. Sodann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konjunkturveränderungen oder technischen Umwälzungen, sowie bei Streiks und Aussperrungen eintritt, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und kostenlohe Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs bzw. zur Verhinderung von Preisausschlägen (letzteres wurde z. B. in Biberach 1903 und 1905 und auch anderwärts schon erzielt). Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesegebung wird durch die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter wesentlich vorbereitet und gefördert und in den Vorständen der Krankenkassen, in den Schiedsgerichten, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten sitzen organisierte Arbeiter, deren Sachkenntnis den Verhandlungen wesentlich zugute kommt, wie umgekehrt auch sie selbst in sachlicher Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können. Der erzieherische und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.

Diese vorstehende objektive Kritik der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ist in einer dem württembergischen Fabrikinspektionsbericht ange-schlossenen Darstellung über die Entstehung und Ent-wicklung der Arbeiter- und Unternehmerorganisa-tionen nachzulesen. Also ein Staatsbeamter ist es, der sein Urteil über die gewerkschaftliche Tätigkeit in solch unparteiischer Weise zum Ausdruck bringt. Im Zeitalter systematischer Verleumdung unserer Organisationen verdient diese Äußerung besonders hervorgehoben zu werden.

Briefkasten.

N. Th. in G. Das Strafporto ist zu unrecht er-hoben worden. Die Sendung wiegt reichlich 18 Gramm weniger als auf der Schleife angegeben ist. Es fehlen also immer noch 8 Gramm am zu-lässigen Höchstgewicht. Veranlassen Sie bei Wieder-holung Nachprüfung. Berichtskarte nach G. ist ab-gegeben, desgl. Korrespondenzblatt.
N. St. in M. Senden Sie mir die Schleife ein, damit ich an Hand dieser nach der Ursache forschen kann.
R. B. in R. Vorausgesetzt, daß Sie keine Ver-wendung für die Werke haben.

A. B. in M. Das Inserat ging erst Mittwoch-mittag hier ein, also zu spät, um noch Berücksichtigung zu finden.

R. P. in D. Wenn Sie „die Versammlung mit gemischten Gefühlen“ verlassen haben, dann haben Sie unzweifelhaft einen Fehler begangen. Hätten Sie den Reuten doch dort den Kopf gewaschen. Damit wäre der Sache mehr gedient gewesen als durch Ihr „Eingefandl“.

Chr. Sch. in St. Inserat kostet nur 2 Mk.
E. G. in S. Sie erhalten brieflich Antwort.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.

Heidelberg: J. Matthes, Mittermaierstr. 35, II.
Königsberg: R. Löding, Unter-Haberberg 8 D, Hof 1 Treppe.
Düsseldorf: Chr. Riedel, Nordstr. 112 II.; per Adresse: Herrn Th. Deitert.
Murzen: M. Scheibe, Trostigall 41 I.
Gera: R. Wischoff, Freitagstr. 20.
Langensalza i. Th. R. Eifel, Unter den Linden 3-4.

Unterstützungs-Auszahler.
Königsberg: R. Löding, Unter-Haberberg 8 D, Hof 1 Treppe.
Eisenach: H. „Gasthaus zum Engel“, Katharinen-straße.
Köfen: A. Fechner, Langestr. 11, Sts. IV., von 12¼ — 12½.
Kottbus: M. Kuschan, Saspowstr. 4.
Kaufbeuren: S. Wegst, Schlofferhalde.

Literarisches.

Marx, Karl: „Lohnarbeit und Kapital“. Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Ztg.“ vom Jahre 1849. Neu herausgegeben mit einem Vorwort von Karl Kautsky. 0,75 Mk. Agi-tationsausgabe 0,25 Mk.
 In der Einleitung, die Friedrich Engels dieser vorzüglichen Agitationschrift über das Wesen der heutigen Produktionsweise vorausschickt, gibt er eine klare ökonomische Auseinandersetzung über die ver-schiedenartigen Begriffe: Arbeit und Arbeitskraft. Kautsky erläutert in seinem Vorwort, weshalb er nicht wieder die Engelsche Ausgabe, sondern einen Abdruck nach dem Original der „Rheinischen Zei-tung“ herausgegeben hat.

ANZEIGEN

Nach wie vor
am schnellsten
 erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von
O. Th. Winckler
 Leipzig
 Seeburgstrasse 47,
 weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,
täglich
 erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig **kostenfrei** zugesandt.

Bekannt
 ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Clement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden. [180]

Achtung! Die Gau- und Zahlstellenbevoll-mächtigten werden vom Unterzeichneten ersucht, ihm die gegenwärtige Adresse des Buchbinders **Oskar Wohlich**, geb. d. 15. Mai 1880 zu Görlitz, zuletzt in Bernburg, anzugeben. Auslagen werden vergütet. 188] [2.—
Wilhelm Kammel, Bernburg a. S.,
 Schöntreppe 8.
Papiergeschäft mit Arbeitsraum ver-käuflich. Berlin, Dresdenerstraße 81.
 Unserem lieben Kollegen **Fr. Rhein-** [182] **grübe** zu seiner Abreise ein [1,—
herzliches Lebewohl!
 Zahlstelle Hanau.

Orts-Frankenkasse der Buchbinder u. verwandten Gewerbe in Berlin.
Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
 in Frankes Festtälern, Sebastianstr. 39.
 Tagesordnung:
 1. Abnahme der Jahresrechnung für 1906.
 2. Beratung und Beschlußfassung der neuen Anstellung und Gehalts-beingungen der Beamten der Kasse.
 3. Verschiedenes. 184] [7,60
 Um zahlreichen Besuch erjucht
Der Vorstand.
 Bernhard Jost, Vorsitzender. Georg Bähler, Schriftführer.
 NB. Der Jahresbericht für 1906 ist erschienen und kann im Kassensbureau, Engelufer 15, II, in Empfang genommen werden.

Berlin
Montag, den 15. April 1907, abends 8 Uhr:
Außerordentl. General-Versammlung
 im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 4.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht vom Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises und Neuwahl der Arbeitnehmer-Beisitzer.
 2. Stellungnahme zur Maifeier.
 3. Die Einführung der Invaliden-Unterstützung und die Urabstimmung.
 4. Anträge zum Verbandstag.
 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 7,20] [178
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kartonbranche. Achtung!
 Donnerstag, den 18. April 1907, abends 8 Uhr
Branchen-Versammlung
 in **M. Voefers Festtälern**, Weberstr. 17.
 Tages-Ordnung:
 1. „Der Limbacher Tarif und die Berliner Karton-Industrie.“ Referent: Kollege **P. Schade**.
 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 Kollegen und Kolleginnen!
 Angesichts der überaus wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir, daß die Versammlung **vollzählig** besucht wird. 181] [5,—
 Mit kollegialem Gruß
Die Vertrauenspersonen.

Durch die Lupe besehen
 gibt es kein bis in die kleinsten Teile sauber gear-beitetes Rad, als das „Jagdrad“. Beabsichtigen Sie also ein Fahrrad anzuschaffen, so fordern Sie sofort per Postkarte unseren großen Hauptkatalog mit tau-senden Abbildungen, welcher Ihnen sofort kostenlos und portofrei zugesandt wird. Derselbe enthält ferner: Nähmaschinen, Haushaltungsmaschinen, Schußwaffen, Zubehörteile, Radfahrer-Bedarfsartikel und Sportartikel. Fünf Jahre Garantie. Auf Wunsch Ansichtsendung. Verkauf direkt an jedermann, also ohne Zwischenhandl.
Deutsche Waffen-u. Fahrrad-Fabriken
 in **Kreienzen 221 (Harz).**

